

Randy Haubner & Christiane Meyer

WIR REDEN MIT!

Jugendliche beteiligen sich an einer nachhaltigen Entwicklung in ihrer Kommune

Kurzfassung

In Deutschland leben derzeit 14 Millionen junge Menschen zwischen zwölf und 27 Jahren (BMFSFJ 2019). Das sind 17 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die jungen Menschen sind ebenso vielseitig wie die Gesellschaft, in der sie leben. Junge Menschen für politische Aktivitäten im kommunalen Kontext zu motivieren, ist eine Herausforderung. Die mangelnde Beteiligung von Jugendlichen ist auf Faktoren wie fehlendes Vertrauen und Politikverdrossenheit sowie nicht anschlussfähige kommunalpolitische Themen zurückzuführen. Demokratie und Nachhaltigkeit brauchen aber Jugendbeteiligung. Eine besondere Bedeutung bei der Umsetzung von Jugendbeteiligung kommt der Kommune zu. Sie ist den Bürger*innen von allen politischen Ebenen am nächsten und somit für viele Jugendliche ein Lernort der Demokratie.

Im schulischen Thinktank des Verbundprojekts LAZIK N2030 war die Sensibilisierung junger Menschen für Zielkonflikte der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene mit Methoden des forschenden Lernens ein erster Schritt. Da aber die Partizipation der Jugendlichen an der Entwicklung von Lösungsansätzen für die Zielkonflikte angestrebt wurde, ging es im nächsten Schritt darum, die „Stimme der Jugendlichen“ in die Kommunen zu tragen und Maßnahmen zur Verstetigung der Kooperation von Schule und Kommune anzudenken.

aus: Abt, Jan / Blecken, Lutke / Bock, Stephanie / Diringer, Julia / Fahrenkrug, Katrin (Hrsg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme. Berlin 2021.

Ergebnisse zur Umsetzung von Beteiligungsformaten für junge Menschen

Der Kommunen- und Forschungsverbund von LAZIK N2030 (LösungsAnsätze Zielkonflikte für Nachhaltige Entwicklung 2030) zielte darauf, in einem partizipativen Prozess unter Beteiligung von Schulen (Lehrkräfte und Schüler*innen), der Öffentlichkeit sowie Expert*innen Lösungsansätze zur Bewältigung der Zielkonflikte der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene zu entwickeln. Im Anschluss an die schulischen Thinktanks wurden in den Schulen Interviews mit je zwei kommunalen Vertreter*innen und je zwei beteiligten Lehrkräften in den Schulen durchgeführt. Ziel war es u.a., die Perspektiven für eine mögliche Weiterführung der Kooperation „Schule und Kommune“ zu eruieren. Die Ergebnisse aus den Interviews und den Projekterfahrungen mit den Schulen werden im Kontext zweier Fragestellungen dargestellt.

Wie kann eine Partizipation der Jugendlichen an Lösungsansätzen für kommunale Zielkonflikte umgesetzt werden?

Nachdem die Schüler*innen für ausgewählte Zielkonflikte der Nachhaltigkeit sensibilisiert wurden und über mögliche Szenarien in ihrer Kommunen diskutiert haben, entwickelten sie in jeder Kommune ein Thesen- und Forderungspapier, um es in einer Ratssitzung zu präsentieren und offiziell (von allen beteiligten Jugendlichen signiert) an die politisch Verantwortlichen zu überreichen. Die Projekterfahrung zeigt, dass ein solches Papier ein wichtiges Mittel für die Partizipation von Jugendlichen ist. Dadurch bekamen ihre Anliegen eine gewisse Verbindlichkeit. Den Jugendlichen ist aber auch zu vermitteln, dass politische Entscheidungsprozesse langwierig und schnelle Antworten, z.B. auf ihre Lösungsansätze, nicht möglich sind.

Weiterhin ist es wichtig, entsprechende (außer-)schulische Strukturen für die kommunalpolitische Beteiligung junger Menschen zu schaffen. In Sandersdorf-Brehna wurde ein Jugendbeirat gegründet, der die Zielkonflikte „nachhaltige Mobilität und Treffpunkte versus eingeschränktes kommunales Finanzbudget“ in die eigene Arbeit

aufgenommen hat. In Barnstorf wurde im Anschluss an die Projektaktivitäten die Politik-AG „Political Youth Barnstorf (PYB)“ gegründet, die ebenfalls die Ergebnisse des Forschungsvorhabens weiterdenkt und an der zukunftsfähigen Entwicklung ihrer Kommune weiterarbeiten möchte.

Wie kann eine Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen verstetigt werden?

Die Kooperation zwischen Schule, Kommune und Wissenschaft wurde von allen Interviewpartner*innen als sehr wichtig erachtet, gerade auch beim Thema Nachhaltigkeit (L2 – Lehrkraft) und politischer Bildung (K2 – kommunale Vertreter*in). Junge Menschen und auch Schule haben sonst kaum Berührungspunkte zu kommunalen Angelegenheiten oder kommunalen Vertreter*innen. Somit könne auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass Jugendliche in der Kommune mehr partizipieren (L2). In der Kommune werde es angestrebt, dass es zu einer verbindlichen Vereinbarung kommt (K2) und „dass wir unsere bisherigen Kooperationen noch ausbauen und vertiefen können und v.a. dann auch dauerhaft leben“ (K1). „Kooperation auf dem Papier bringt nicht viel, wenn, dann muss sie auch mit Leben gefüllt und entsprechend auch betrieben werden“ (K1). Die Frage nach einer Fortsetzung der Kooperation nach Projektschluss finden alle Interviewten wichtig. Allgemein wird konstatiert, dass es schwerfalle, Jugendliche für die Partizipation an Entscheidungsprozessen zu motivieren. Das werde

Das Projekt

„LAZIK N2030 – LösungsAnsätze Zielkonflikte für Nachhaltige Entwicklung 2030“ ist ein Vorhaben der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“.

Im Projekt „LAZIKN2030“ stellen die Kommunen Sandersdorf-Brehna und Barnstorf soziale und wirtschaftliche Bereiche auf Nachhaltigkeit um. Mit Jugendlichen erproben sie dafür ein Entscheidungshilfesystem. Wirtschafts-Geographen entwickeln die Szenarien des Projekts, Pädagogen die Didaktik.

weitere Informationen zum Projekt:

» www.kommunen-innovativ.de/lazikn2030

auch bei der Klassensprecherwahl und dem Schülerrat beobachtet (L1). „Kluge Köpfe haben meistens sehr viele Aktivitäten“ (L1), es falle schwer, sie noch für andere und auch politische Aktivitäten einzubeziehen. Zudem müssen die Themen sehr nah an der Lebenswelt der Jugendlichen anknüpfen (L2). Es gelte, die jungen Menschen immer wieder zu sensibilisieren, zu mobilisieren, zu beteiligen (K1). „Vertrauen wächst nur langsam“ (K2). Allgemein wurde festgehalten, dass das Forschungsvorhaben einen wichtigen Schritt – den ersten – in Richtung fruchtbarer Zusammenarbeit gegangen ist.

Zusammenfassende Erkenntnisse aus dem Projekt

Die Interviews zeigten, dass sich alle Interviewpartner*innen einig waren, dass das Forschungsprojekt grundsätzlich alle Beteiligten wach- und aufgerüttelt sowie aufmerksam für eine kommunalpolitische und schulische Kooperation gemacht habe. Alle Interviewten gaben an, dass der „offene Austausch“ der beste Weg sei, um Inhalte zu vermitteln und eine Mitgestaltung anzuregen. Eine regelmäßig stattfindende Diskussion der Schüler*innen mit dem Bürgermeister wurde von den Lehrkräften gewünscht. Wichtig sei es aber auch, dass zu bearbeitende Themen und Zielkonflikte an die Lebensrealität und den Alltag der Jugendlichen anknüpfen, um ihr Interesse zu wecken. Nachhaltigkeit, Zielkonflikte der Nachhaltigkeit und Kommunalpolitik wurden im schulischen Kontext bisher nur am Rande diskutiert. Alle Befragten waren sich einig, dass diese Themen wichtig seien und in Zukunft noch dringlicher würden und daher einer intensiveren schulischen Einbettung bedürfen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, Grundlagenwissen zu kommunalpolitischen Abläufen zu vermitteln, damit den Schüler*innen die zeitlichen Dimensionen von Entscheidungsprozessen bewusst werden. Dies soll verhindern, dass Politikverdrossenheit aufkeimt, wenn von den zahlreichen Ideen nur wenige als politisch realisierbar angesehen werden. Es ist frühzeitig darauf hinzuweisen, dass unter Umständen nur vereinzelt Vorschläge vonseiten der Jugendlichen in

kommunalpolitischen Diskussionen aufgenommen und realisiert werden können.

Die Befragten heben zudem den Mehrwert der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kommune (und Wissenschaft) heraus. Sie erkennen, dass die Jugend eine Stimme hat und braucht, diese aber auch an entsprechenden (entscheidungsrelevanten) Stellen gehört werden muss. Als Maßnahme der Verstetigung sollte ein regelmäßiger Austausch mit dem/der Bürgermeister*in, mit einem/einer politischen Entscheidungsträger*in oder Verantwortlichen in Fachausschüssen stattfinden. Im Verbundprojekt hatten Schüler*innen die Möglichkeit, ihre Perspektiven auf die Zielkonflikte und auch ihre Wünsche und Bedarfe im direkten Austausch mit dem Bürgermeister, aber auch in einer Stadtratssitzung (in Sandersdorf-Brehna) oder in einer Samtgemeinderatssitzung (in Barnstorf) sowie in Fachausschüssen vorzustellen. Darüber hinaus sollten über entsprechende Kommunikationskanäle (Social Media) und zielgruppengerechte Teilnehmungsformate junge Menschen für eine außerschulische kommunalpolitische Partizipation motiviert werden.

Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Kommune

Ziel des schulischen Thinktanks ist eine Verstetigung der Zusammenarbeit. Eine Kooperationsvereinbarung ist sinnvoll, um verbindlich bestimmte Maßnahmen festzuhalten. Diese können für die Schulen und Kommunen wie folgt aussehen:

Maßnahmen Schule:

- Es wird eine schulische Ansprechperson für die Zusammenarbeit nebst Stellvertretung von der Schulleitung identifiziert.
- Es werden regelmäßig, mindestens einmal jährlich, Projektwochen/-tage zu kommunalpolitischen Themen von den Lehrkräften veranstaltet.
- Die Kooperation wird strukturell verankert, z.B. durch Austausch zwischen den Kooperationspartner*innen im Rahmen von Unterricht, in Form von AGs, etc.

Maßnahmen Kommune:

- Es wird eine kommunale Ansprechperson für die Zusammenarbeit nebst Stellvertretung identifiziert.
- Es wird regelmäßig, mindestens zweimal jährlich, ein persönlicher Austausch mit Schüler*innen ermöglicht, z.B. in Form von außerschulischen Diskussionen, Teilnahme an Ratssitzungen.
- Es werden zielgruppengerechte Kommunikationskanäle geschaffen.
- Es werden zielgruppengerechte und anschlussfähige Themen im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung in die kommunalen Diskussionen aufgenommen, z.B. nachhaltige Mobilität, Treffpunkte für Jugendliche, Forderungen von Fridays for Future bzw. von Jugendlichen im Kontext des Klimawandels.
- Schüler*innen werden mit ihren Anliegen ernst genommen.

Fazit

Mit Blick auf die Ziele des Nationalen Aktionsplans (NAP 2017) ist zu konstatieren, dass eine Partizipation von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen sowohl auf schulischer Ebene als auch auf kommunaler Ebene noch nicht angemessen verankert ist. Um Partizipation zu ermöglichen und aktiv zu gestalten, sollten Ansprechpersonen in allen Bereichen (Schulleitung, Didaktische Leitungen, Jugendbeirat, Bürgermeister*in, BNE-Beauftragte in den Kommunen) identifiziert, zielgruppengerechte Kommunikationskanäle geschaffen und didaktisches Material bereitgestellt werden (siehe Materialien in der Toolbox, www.nachhaltigkeit-toolbox.de). Eine strukturelle Verankerung kann nur dann erfolgreich gestaltet werden, wenn alle Akteure sich verstanden, mitgenommen und gleichberechtigt nebeneinanderstehend sehen. Eine enge Kooperation zwischen den kommunalpolitischen und schulischen Akteuren sowie der regelmäßige Austausch sind somit wichtige Maßnahmen, um die Weichen für eine Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen und kommunalen Vertreter*innen zu stellen.

Jugendliche an kommunalen Entscheidungsprozessen für eine nachhaltige Entwicklung einzubinden, ist eine Chance, um nicht nur zukunftsfähiges Denken anzustreben, sondern auch konkretes kommunalpolitisches Handeln im schulischen Kontext zu initiieren. Darüber hinaus gilt es, Andockstellen für Jugendliche in den Kommunen einzurichten, sodass Forderungen auch umgesetzt werden können. Hierfür ist es wichtig, Strukturen aufzubauen oder bereits bestehende Strukturen, wie z.B. einen Jugendbeirat oder ein Jugendparlament, zu nutzen.

Zum Weiterlesen

LAZIK N2030-Toolbox (2020): Um die Erfahrungen, Erkenntnisse und Ergebnisse des Forschungsvorhabens LAZIK N2030 sichtbar zu machen und auch weiteren Akteuren zur Verfügung zu stellen, wurde das Vorgehen zum Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit in einer Toolbox nachvollziehbar und durch entsprechende Produkte zur Nutzung durch Kommunen und Schulen aufbereitet (www.nachhaltigkeit-toolbox.de). Hier findet sich ein vollständiger Überblick der Methoden inkl. konkreter Hinweise zur Planung und Umsetzung von Beteiligungsworkshops.

Die Autorinnen

Randy Haubner; Dipl. Geographin, wissenschaftliche Mitarbeiterin; Leibniz Universität Hannover, Institut für Didaktik der Naturwissenschaften – Didaktik der Geographie; Arbeitsschwerpunkte: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)/ Globales Lernen, nachhaltiger Konsum; haubner@idn.uni-hannover.de

Prof. Dr. Christiane Meyer; Universitätsprofessorin; Leibniz Universität Hannover, Institut für Didaktik der Naturwissenschaften – Didaktik der Geographie; Arbeitsschwerpunkte: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Kulturbewusstsein, Werte-Bildung, transformative Bildung; meyer@idn.uni-hannover.de